

Auszug Protokoll Haushaltsberatungen 15./16.12.2020

Teilhaushalt 2000

Ich rufe damit den **Teilhaushalt 2000** Finanzen auf. Wir springen auf die **Seite 106**. Hier darf ich Sie darauf hinweisen, dass wir in der 1. Veränderungsliste die Personalkosten HSPKA summenneutral noch einmal mit dem Teilhaushalt 1000 umgestellt haben.

Damit kommen wir auf die **Seite 108**.

Antrag 9 (Seite 108): Gemeinwohlökonomie in Karlsruhe fördern (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Vor wenigen Monaten haben wir in einem großen interfraktionellen Antrag beschlossen, dass wir den Weg in Richtung Gemeinwohlökonomie gehen. Die Verwaltung hat erfreulicherweise in der Antwort darauf zugesagt, dass eine städtische Gesellschaft bereits im Haushalt berücksichtigt ist. Wir wollen weiterhin daran festhalten, dass wir auch ein städtisches Amt gemeinwohlabilanzieren wollen und müssen deshalb mündlich hier den Antrag abändern. Der würde sich jetzt so abändern, dass wir die Summe von 60.000 Euro auf 30.000 Euro reduzieren und mit einem Sperrvermerk versehen, bis wir ein städtisches Amt ausgewählt haben. Ich kann nur SPD und GRÜNE darum bitten, dem Antrag so zuzustimmen und unseren gemeinsamen Weg damit fortzuschreiten, dass wir die Stadt Karlsruhe in allen Belangen in Richtung Gemeinwohl orientieren und ausrichten wollen.

Der Vorsitzende: Ich möchte Sie nur darauf hinweisen, dass nach unserer Schätzung die 60.000 Euro auch für ein solches Amt erforderlich sind und die 30.000 Euro nicht ausreichen.

Stadtrat Zeh (SPD): Auch die SPD hält Gemeinwohlabilanzen für einen interessanten Ansatz. Es geht hier darum, Erfolge in Bezug auf faire Beschaffung, faire Arbeitsbedingungen und ähnliches zu erreichen. Es ist eine Beratung von außen notwendig. Das ist ganz klar, weil wir bisher keine Erfahrung haben. Aber wir wollen der Verwaltung zustimmen, dass wir zunächst einmal mit einer Gesellschaft, der VOLKSWOHNUG, anfangen und dann die Erfahrung weiter nutzen, um in den kommenden Jahren das weiter auszubauen.

Stadträtin Weber (GRÜNE): Sie hatten erwähnt am Anfang unserer Sitzung, dass es ein Haushalt wird, der vom Umbau geprägt ist. Dieser Antrag geht genau in diese Richtung, dass wir einen Umbau unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaften benötigen. Es freut uns, dass mit der VOLKSWOHNUNG GmbH bereits Abstimmungsgespräche stattfanden, so dass im Jahr 2021 eine Gemeinwohlabilanz erstellt werden kann. Als städtisches Amt ist das Forstamt sehr interessiert, eine Gemeinwohlabilanz zu erstellen. Da das Forstamt kein eigenes Personal für so etwas hat, würde das Forstamt die Bilanz auf jeden Fall extern vergeben. Hierfür wären auch die 60.000 Euro vonnöten. Das Land hat erst kürzlich für den Staatswald eine solche Bilanz erstellen lassen, so dass man sich daran auch ein bisschen orientieren kann. Deshalb möchten wir dem Antrag der LINKE. zustimmen, 60.000 Euro zur externen Beauftragung einer Gemeinwohlabilanzierung für eine städtische Gesellschaft mit Sperrvermerk zu genehmigen.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Hier sind wir dezidiert anderer Auffassung. Wir alle sind dem Gemeinwohl verpflichtet. Wir alle haben in unseren Gesellschaften und in unseren Ausschüssen auf Gemeinwohl zu achten. Wir brauchen nicht noch einen Supersachverständigen, der uns jetzt auch noch bei der Bilanzierung die Hand führt, nur weil Sie mit Ihrer sicherlich ideologischen Orientierung wohl argumentativ nicht durchzudringen scheinen. Wir brauchen diese Einrichtung nicht. Wir müssen hart an unseren Ämtern arbeiten, dass sie dem Gemeinwohl verpflichtet bleiben, wie bisher auch. Aber so etwas brauchen wir nicht.

Stadtrat Høyem (FDP): Ich verstehe, dass Herr Kollege Bimmerle an die SPD und die GRÜNEN appelliert hat, denn dort haben wir in diesem Gemeinderat die Mehrheit. Ich respektiere, was Herr Zeh gesagt hat, dass die SPD nicht automatisch in diesem grün-linken Block mitarbeitet. Wir haben am Anfang gesagt, dass wir keine Revolution via Hintertür wollen. Das will ich wiederholen. Wir haben eine besondere Situation. Wir wollen alle gerne Gemeinwohl haben. Aber nicht auf diesem Weg. Wir stimmen dagegen.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Ich bin ein Freund der Gemeinwohlabilanzierung. Aber die Stadt Karlsruhe ist per se, wie Stadtrat Pfannkuch gesagt hat, ein gemeinwohlorientierter Betrieb. Sehr wohl geht es um die finanzielle Betrachtung. Es geht auch um andere Aspekte dabei. Es geht nicht um Umbau. Das ist eine falsche Bezeichnung. Beim Gemeinwohl geht es nicht um Umbau eines Konzerns, sondern es geht um eine andere Betrachtungsweise. Die finde ich richtig und nützlich. Aber ich folge der Verwaltung. Wir probieren es einmal bei einer Gesellschaft. Dann reden wir wieder darüber.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Ich will nur wissen, worüber wir jetzt abstimmen. Der Antragsteller hat reduziert auf 30.000 Euro mit Sperrvermerk.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Da die Verwaltung gerade gesagt hat, dass, wenn überhaupt, die 60.000 Euro notwendig sind, dann können wir nur über 60.000 Euro mit Sperrvermerk abstimmen.

Der Vorsitzende: Der Antrag steht, 60.000 Euro mit Sperrvermerk. Die GRÜNEN hatten sich auch auf den originären Antrag bezogen. Den stelle ich jetzt zur Abstimmung. – Der Antrag ist damit **mehrheitlich abgelehnt**.

Antrag 10 (Seite 108): Kommunale Betriebsprüfer*innen einstellen, 2 Vollzeitstellen (DIE LINKE.)

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Wir würden auf einen Redebeitrag verzichten und direkt zur Abstimmung übergehen.

Der Vorsitzende: Dann können wir gleich abstimmen. – Damit ist der Antrag **mehrheitlich abgelehnt**.

Auf der Seite 108 möchte ich ebenfalls noch darauf hinweisen, dass wir in der 1. Veränderungsliste einen Mehrbetrag bei den Wirtschaftsgebühren einstellen haben.

Auf der **Seite 110** geht es dann weiter.

Antrag 11 (Seite 110): Monatliche Zulage in Höhe von 300 Euro für Mitarbeiter*innen des Städtischen Klinikums (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Das ist ein Antrag, der vieles aufgreift, was in der Gesellschaft an sich in Bewegung ist, nämlich die Frage, inwieweit wir das Personal, das unser System am Laufen hält mit seinem Einsatz, ausreichend finanzieren können. Deshalb haben wir auch in Absprache mit dem Bündnis Krankenhaus statt Fabrik diesen Antrag gestellt, wohl wissend, dass er vor allem eine wichtige Entscheidung darüber sein wird, wie wir die finanziellen Mittel einstellen. Denn ich denke, niemand in diesem Gemeinderat oder die große Mehrheit des Gemeinderates würde bestreiten, dass das Personal am Klinikum oder generell im Gesundheits- und Pflegebereich eine höhere Bezahlung verdient hätte, angesichts des Einsatzes. Wohl wissend sagen wir auch, dass diese Entscheidung heute nicht eine Entscheidung darüber ist, ob man diesen Einsatz honoriert, sondern eine Frage darüber ist, ob Bund und Land endlich ihrer Verpflichtung nachkommen und das Gesundheits- und Pflegepersonal ausreichend bezahlen. Wir sehen an dieser Stelle die Notwendigkeit, dass Bund und Land handeln, sehen aber auch, dass wir hier vor Ort diese Problematik halten werden. Trotz des hohen Volumens wollen wir diesen Antrag abstimmen lassen, wohl wissend, dass wir dann überlegen müssen, wo die finanziellen Ressourcen möglich sind und ob für andere Themen dementsprechend Kürzungen erfolgen müssen. Wir haben gleich dazu noch eine Reihe von Finanzierungsanträgen. Das wäre eine Möglichkeit.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Hier kann man es kurz machen. Es ist schön, wenn sich eine Fraktion für die Situation unserer Pflegerinnen und Pfleger im Klinikum stark macht. Das sehen wir natürlich genauso. Aber man muss doch auch die Verwaltungsantwort lesen. Wir sind nicht der richtige Adressat. Wenden Sie sich an den Bund. Der Bund kann übrigens für solche Mittel auf andere Ressourcen zugreifen. Das macht er bisher noch nicht. Aber ich gebe die Hoffnung nicht auf. Nur, die Kommune ist nicht der Ausfallbürge für alle Probleme, die wir in diesem Lande haben.

Stadtrat Riebel (GRÜNE): Die Pflegekräfte leisten wichtige Arbeit. Das ist ungefragt. Es verdient auch Anerkennung. Hier geht es aber um weit mehr als die Bezahlung. Es geht um Dienstplansicherheit, eigene Gestaltungsmöglichkeiten am Arbeitsplatz und ein anerkennender Umgang am Klinikum. Lassen Sie uns erst einmal daran arbeiten. Die Verhandlungen zu den Geldern sollten wir den Expert*innen überlassen, den Gewerkschaften. Diese konnte gerade einen kleinen Erfolg für die Beschäftigten erzielen. Dank dem Bund und dem Land gibt es zudem noch einen kleinen Bonus obendrauf. Auch muss die ausweichende Vergütung der Leistung durch die Krankenkasse mithilfe des Bundes und der Überwindung des DIG-Systems gewährleistet werden, damit für eine dauerhaft bessere Bezahlung der Weg bereitet werden kann. Diesen Antrag müssen wir daher ablehnen.

Stadträtin Uysal (SPD): Lieber Kollege Bimmerle, Sie haben grundsätzlich Recht, dass man das Arbeiten mit und für Menschen dringend aufwerten muss, um auch künftig noch ausreichend viele junge Menschen für eine Ausbildung in einem Pflegeberuf gewinnen zu können. Wir brauchen tatsächlich spürbare Verbesserungen. Verbesserungen im Bereich der Arbeitsbedingungen, angemessenerer Bezahlung, fehlender Aufstiegschancen. Das wird alles viel Geld kosten, außer Frage. Es ist auch wichtig, dass wir hier investieren. Allerdings sehen wir die Zuständigkeit, wie mein Vorredner, nicht bei uns, sondern bei Land und Bund. Deshalb

werden wir heute diesen Antrag nicht mittragen. Wir fordern das Land und den Bund auf, die politischen Versprechungen zeitnah umzusetzen.

Stadtrat Høyem (FDP): Nicht nur die Antragsteller schätzen den Pflegeeinsatz. Das tun wir alle. Es gibt auch andere Teile unserer Gesellschaft, die in dieser Zeit besonders stark eingesprungen sind und Extraarbeit machen. Für uns ist es wichtig, was gesagt wurde, dass wir als Kommune nicht die Gehälter festlegen. Das ist eine Tarifverhandlung. Der Bund ist hier in der Pflicht.

Stadträtin Ansin (KAL/Die PARTEI): Folgender Redebeitrag wird jetzt kommen von dem Bündnis Krankenhaus statt Fabrik. Sie haben geschluckt über den etwa 20 Mio. Euro kostenden Antrag pro Jahr. Gehörten Sie zu denen, die im Frühjahr dem Gesundheitspersonal Beifall klatschten? Wenigstens virtuell im Geiste? Das hat nichts gekostet. Aber kostenlos werden die gewaltigen Probleme nicht beseitigt. Sie wissen hoffentlich Bescheid über die Probleme in den Kliniken und in Pflegeheimen. Pflegenotstand ist kein Fremdwort mehr. Aber wissen Sie, wie es konkret im Städtischen Klinikum aussieht? Sind Sie der Meinung, Geschäftsführung und Pflegedirektion tun alles, um die Probleme zu lösen? Sie tun etwas. Aber sie lösen wenig, weil sie innerhalb der vorgegebenen ökonomischen Rahmenbedingungen agieren. Ist Ihnen bewusst, wie die Probleme entstanden sind? Oder meinen Sie, so ein Pech, dass gerade uns das Fachpersonal fehlt. Die Finanzierung durch das Fallpauschalensystem hat zu immer mehr Fallzahlen geführt, während alles Personal außer den Fallzahlen generierenden Ärzt*innen als Kostenfaktor relativ minimiert oder outsourced wurde. Inzwischen begreifen auch die eifrigsten Befürworter den sogenannten Fehlanreiz. Zu spät, die Krise ist da. Es sind außer der Pflege nahezu alle Berufsgruppen im Gesundheitswesen betroffen. Auch die gut bezahlten Ärzt*innen flüchten wegen der Arbeit aus dem Beruf. Labor, Röntgen, Küchenfachkräfte, alle stehen unter Druck. Deshalb der Antrag für alle Beschäftigten. Reden Sie sich nicht ein, der Pflegenotstand im Klinikum ließe sich durch ein paar Stellschrauben hier und Abwerbung ausländischer Fachkräfte dort, die anderswo fehlen werden, irgendwie beheben lassen. Denken Sie nur nicht, mit dem neuen Haus M wird alles besser. Da warten Sie auf Godot.

Tatsächlich zeichnet sich ab, nach Corona und mit dem neuen Haus M werden weitere Kolleginnen und Kollegen fehlen. Belastungen der Pandemie und die Personalpolitik mit Verlusten von Beschäftigten als Verschiebungsmasse haben viele erschöpft und resignieren lassen. Die Flucht in Teilzeit oder ganz aus dem Beruf wird sich 2021 verstärken. Auch ohne Corona werden zukünftig Betten stillgelegt werden müssen. Das kostet übrigens auch viel Geld. Seien Sie sich bewusst, welche Verantwortung Sie tragen. Sie haben heute die Möglichkeit und die Chance, eine große Stellschraube zu drehen, um bei der Lösung der geschaffenen Probleme im Gesundheitswesen einen Schritt weiterzukommen. Morgen müssen Sie weiterdrehen und Ihre bundespolitischen Verantwortlichen dazu bringen, die problemverursachenden Marktmechanismen zu ändern und das Fallpauschalensystem zugunsten der Selbstkostendeckung abzuschaffen. Dann könnten Gesundheitsbeschäftigte ihre Qualifikation zugunsten guter Patientenversorgung voll zum Einsatz bringen und alle Patient*innen erhalten, was sie benötigen. Sie entscheiden: Weiter so oder Systemwechsel. Wenn es nicht gelingt, das Personal zu halten und neues in ausreichender Zahl zu gewinnen, wird die Krise im Gesundheitswesen und im Klinikum immer kritischer werden.

Der Vorsitzende: Ich möchte zwei Dinge noch kurz ergänzen, damit die nicht so im Raum stehen bleiben.

Ich halte die Pflegekräfte an Kliniken für nicht unterbezahlt. Ich kann aus meinen eigenen Erfahrungen im Klinikum sagen, dass es die Arbeitsbedingungen sind, die dort das Hauptproblem sind und nicht die Bezahlung. Viele gehen sogar aus den Kliniken weg in andere Bereiche, wo sie durchaus auch nicht besser bezahlt werden, aber sicherere Arbeitsbedingungen haben.

Das Zweite ist, ich kann nur noch einmal an Sie alle appellieren, wir können bundespolitische, landespolitische und sonstige Probleme nicht auf der kommunalen Ebene auffangen. Frau Ansin, Sie haben eben ganz viel Richtiges gesagt zu den Systemproblemen. Diese Systemprobleme bekomme ich aber nicht durch eine monatliche Zulage aufgefangen. Die müssen an anderer Stelle angegangen werden. Genau deswegen führt das, wenn Sie dem zustimmen würden, dazu, dass wir in eine ganz massive Konkurrenz zwischen den Krankenhäusern geraten, weil wir dann nämlich etwas zahlen, wozu andere Krankenhäuser nicht in der Lage und auch nicht verpflichtet sind. Das ist aus meiner Sicht die falsche Stellschraube, um an diesem Thema weiterzuarbeiten.

Hier geht es also um zwei Dinge. Das Eine ist, wir müssen das Thema Krankenhaus anders lösen. Das können wir aber nicht für das Klinikum alleine machen, sondern das muss an anderer Stelle auch gemacht werden. Und das Zweite ist, gerade in dieser Haushaltssituation können wir nicht alle Probleme, von denen wir an anderen Ebenen erwarten würden, dass sie angegangen werden, jetzt über den städtischen Haushalt versuchen einzufangen und uns damit noch in eine wie ich finde schwierige Konkurrenzsituation zu anderen Städten, zu anderen Einrichtungen usw. zu begeben und damit ein Stück weit die Solidarität aufzugeben, die es geben muss, über den Städtetag, über die Krankenhausgesellschaft, über die Gewerkschaften, um an diesem Systemproblem wirklich originär etwas zu verändern.

Das sage ich jetzt einmal. Es gibt noch viele Anträge, bei denen man das nochmal wiederholen könnte.

Wir kommen damit zur Abstimmung. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Wir kommen damit auf der **Seite 110** zu dem Hinweis, dass wir über die 2. Veränderungsliste die Verlustabdeckung aus 2020 auch noch in den Haushalt aufgenommen haben.

Auf der **Seite 111** über die 1. Veränderungsliste haben wir den Verlustausgleich für 2021 bis 2024 beim Eigenbetrieb Fußballstadion am Wildpark. Auf der Seite 111 haben wir die Verlustabdeckung aus 2020 über den gleichnamigen Eigenbetrieb.

Auf der **Seite 112** haben wir über die 1. Veränderungsliste die Konzessionsabgabe der Stadtwerke reduziert, weil wir hier mit weniger Erträgen rechnen.

Wir kommen damit auf die **Seite 113**.

Antrag 12 (Seite 113): Nightliner-Angebot, Konzeption (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Meine Unterlagen besagen, dass es tatsächlich zwei Anträge sein müssten, nämlich einmal der Antrag zur Einführung der Konzeption mit der Maximalsumme, und einmal ein Antrag zur Wiedereinführung des Nightliners am Donnerstag. Wir haben dieses Thema schon in den vergangenen Jahren ausführlich diskutiert. Wir wissen alle, wie schwierig die Situation ist, dass wir aber dennoch Handlungsbedarf wochentags sehen. Zumindest haben das einige Fraktionen immer wieder signalisiert. Wir sehen vor allem am Donnerstag eine Notwendigkeit, spätestens dann, wenn das kulturelle Leben, was wir uns gerade nicht vorstellen können, im Laufe des nächsten Jahres vielleicht wieder entstehen könnte, um eine Erreichbarkeit der Stadt über den öffentlichen Nahverkehr auch in der Nacht sicherzustellen. Deshalb werden wir beide Anträge mit einem Sperrvermerk versehen, weil es natürlich nur dann Sinn macht, einen solchen aufzuheben, wenn die Corona-Situation es zulässt. Denn in der Tat, aktuell würde dies keinen Sinn machen.

Wir bleiben dabei, dass die Einführung des Nightliners in einer Konzeption, die wir noch auszugestalten haben, entweder den Weg zurück in die Vergangenheit oder einen anderen Weg, notwendig ist und die nächsten Jahre wieder auf die Tagesordnung kommen wird. Wir werden deshalb die beiden Anträge zur Abstimmung stellen.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Der Nightliner während der Woche kostet ungefähr 7 Euro pro Fahrgast. Das ist eine ganze Menge. Deshalb haben wir es bei den letzten Sparhaushalten eingespart. Inzwischen ist die finanzielle Situation eher schlechter als damals. Deshalb ist es sehr problematisch. Es kommt dazu, dass wir im Moment auch die Fahrer nicht haben. Die Fahrer reichen nicht einmal für das normale Programm, erst recht nicht für zusätzliche Nachteinsätze. All das muss erst einmal behoben werden. Dann können wir wieder darüber sprechen, ob das möglich ist.

Stadtrat Maier (CDU): Gestatten Sie mir zum Anfang meines Wortbeitrags eine grundsätzliche Anmerkung. Ich werde bei meinen nächsten Redebeiträgen die Grußformel weglassen, nicht aus mangelndem Respekt vor dem Amt des Oberbürgermeisters oder vor Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, sondern einfach, um uns etwas Lebenszeit zu sparen, werde es dann aber ab nächster Woche logischerweise wieder formell richtig machen.

Gerade im Umweltbereich und auch im ÖPNV-Bereich gäbe es viele wünschenswerte Dinge, die wir gerne mitgetragen hätten. Dazu hätten wir aber in der Vergangenheit - Verwaltungsspitze und auch wir, Teile des Hauses – etwas verantwortungsvoller mit den Geldern, die wir hier verwalten, umgehen müssen. Von daher sehen wir momentan für viele, für 99 % der Dinge, die wir heute beraten, keine Möglichkeit, sie finanziell darzustellen und müssen leider viele davon ablehnen.

Nun konkret, ich spreche jetzt zu Antrag Nr. 12, verbinde damit aber auch gleich meine Meinung zu Antrag Nr. 13. Wir werden diesen ablehnen. Es ist spannend zu beobachten, dass man beim Nightliner bei der Einführung Prügel bekam, bei der damaligen Reduzierung Prügel bekam und jetzt das erneut immer wieder gefordert wird. Der Kollege Honné hat schon einiges Richtiges gesagt. Es muss auch leistbar sein. Vor dem Hintergrund sehen wir aktuell das Angebot als ausreichend. Außerdem werden wir im ÖPNV-Bereich erst einmal abwarten müssen. Wir werden im nächsten Jahr einen Meilenstein erledigt haben. Viele Einschränkungen, die die Karlsruherinnen und Karlsruher ertragen mussten, werden dann behoben sein. Dann werden wir das Netz beobachten, wie es sich positiv entwickelt. Daran glauben

wir fest. Dann können wir auch wieder über andere Dinge im ÖPNV-Bereich reden. Aber jetzt sollten wir erst einmal abwarten und genau hinschauen. Von daher Anträge 12 und 13 Ablehnung seitens der CDU.

Stadträtin Uysal (SPD): Herr Kollege Bimmerle, lieber Lukas, auch hier hast du grundsätzlich Recht, dass wir über das Angebot in der Nacht sprechen müssen. Auch die SPD-Fraktion ist an Verbesserungen beim ÖPNV interessiert. Wir halten aber – das erwähne ich heute noch einmal – entsprechende Festlegungen bis zur Inbetriebnahme für verfrüht. Es ist nicht sinnvoll, über einzelne Maßnahmen jetzt zu entscheiden, ohne ein schlüssiges Gesamtkonzept für den ÖPNV zu haben. Damit wir einen erfolgreichen, attraktiven ÖPNV haben, müssen wir das Ganze betrachten. Lassen Sie uns doch die Kombilösung abwarten und dann noch einmal über die Einzelheiten sprechen. Es ist einfach verfrüht und deshalb, wie in der Vergangenheit auch, heute ein klares Nein.

Stadtrat Hock (FDP): Was meine Vorrednerin, Frau Uysal, gesagt hat, finde ich absolut richtig. Meine Fraktion hat dieses Thema auch schon im Gemeinderat aufgerufen, weil uns das Angebot des Nightliners sehr wichtig war und immer noch ist. Aber eines muss man ganz klar sagen, es war dann die Aussage der Verkehrsbetriebe, dass nach Fertigstellung des Tunnels wieder automatisch auf uns zugekommen wird und dieses Konzept einmal vorgestellt wird, was man dann mit dem Nightliner vorhat. Deshalb: Wir sind sehr nahe bei Ihnen. Aber Stand heute ist es nicht möglich, dass wir jetzt zustimmen können. Wir sehen es wie Sie. Aber, bitte, nach Fertigstellung des Tunnels lassen Sie uns hören, was man vorhat. Wenn man es dann immer noch nicht machen möchte, dann können wir auf jeden Fall zusammen etwas machen.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Herr Maier, Sie werden von meiner Fraktion, von der Karlsruher Liste/Die PARTEI, immer wieder dieses Thema hören. Das ist für unsere Fraktion im ÖPNV ein sehr wichtiger Aspekt. Es war, Herr Honné, ein absolut politischer Fehler, dass wir damals aus Haushaltsspargründen dieses abgesetzt haben. Mich wundert insbesondere, dass gerade Sie dann in dem Fall mit Beiträgen kommen, die teilweise kein richtiges Bild abgeben. Wir werden weiterhin an diesem Thema dranbleiben. Herr Kollege Hock, für uns ist nicht abzusehen, das glauben wir auch nicht, dass dann, wenn die Kombilösung fertiggestellt wird, der Nightliner wieder aufgerufen wird. Ich prophezeie, dass dann mit dem Hinweis auf die Kombilösung erst recht der Nightliner nicht mehr eingesetzt werden wird.

Der Vorsitzende: Das waren jetzt alle Wortbeiträge. Sie haben mich darauf hingewiesen, dass es um zwei Dinge geht. Einmal um die Konzeption und einmal um die Wiedereinführung des Donnerstags. Ich würde jetzt mit der Konzeption anfangen und die zur Abstimmung stellen. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Wir kommen jetzt zur Wiedereinführung des Nightliners in der Nacht von Donnerstag auf Freitag. Auch da bitte ich Sie um Ihr Votum. – Auch das ist eine mehrheitliche **Ablehnung**.

Antrag 13 (S. 113): Kfz-Abmeldung gegen KVV-Jahresticket für Senior*innen und darüber hinaus (DIE LINKE.)

Antrag 13 a (S. 113) Kfz-Abmeldung gegen KVV-Jahresticket sonstige Karlsruher Einwohner*innen (DIE LINKE.)

(Zuruf **Stadtrat Bimmerle/DIE LINKE.**)

Ist erledigt? – Gut, dann haben wir die beiden **erledigt**.

Antrag 14 (S. 113): Externe Untersuchung – Alternative Finanzierungsmöglichkeit ÖPNV Karlsruhe (DIE LINKE.)

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Das ist jetzt ein Redebeitrag, der auch alle anderen Anträge zusammenfassen wird. Sie haben grundsätzlich in Ihrer Ausführung, Herr Oberbürgermeister und Frau Erste Bürgermeisterin, darauf hingewiesen, dass wir, wenn wir Änderungsanträge stellen zum Entwurf der Verwaltung, natürlich auch sagen müssen, wie wir das finanzieren wollen. Wir beraten heute über 250 Anträge. Wir sind überrascht, dass wir die einzigen waren, die irgendeinen Finanzierungsantrag gestellt haben, wohl wissend, dass man die richtig finden kann oder auch falsch. Aber wenn man mehr Geld ausgeben will, muss man sagen, woher es kommt. Das tun wir an der Stelle. Wir haben Anträge gestellt zur Anpassung bestehender Hebesätze der Steuern, bei der Gewerbesteuer, bei der Grundsteuer, bei der Vermögenssteuer. Wir haben die Einführung neuer Steuern beantragt, wie die Übernachtungssteuer, und wir haben die Konzeption gefordert, dass wir in Zukunft alternative Finanzierungsmöglichkeiten im ÖPNV-Bereich haben.

Alle drei Themen sind wichtig. Wir können die heute alle ablehnen, wohl wissend, dass wir in genau einem Jahr einem Teil der Anträge sicherlich zustimmen werden müssen, weil genau die finanzielle Situation der Stadt dies bedarf. Mein Motto war immer, wenn man weiß, dass man im nächsten Jahr kein Geld hat, fängt man am Besten sofort an, Geld zu sparen oder mehr zu verdienen. An der Stelle sollten wir in diesem Jahr 2021 anfangen mehr zu verdienen und nicht erst zu warten, bis wir 2022 dann umso mehr Steuern erheben müssen. Es ist doch klar, alles das, was wir heute nicht verlangen, müssen wir in Zukunft 2022 als noch viel größeren Schritt für die Bürger*innen und für die kommunalen Unternehmen verlangen.

Sie haben in Ihrer Antwort der Verwaltung richtig darauf hingewiesen, dass zu den alternativen Finanzierungsmöglichkeiten eine Antwort auf Landesebene noch aussteht. Das bedauern wir. Wir hatten gehofft, dass sie in 2020 kommt. Es gibt aber bereits eine Untersuchung, die 2016 durchgeführt wurde, die genau diese Modelle aufgreift. An diese hätten wir uns angeschlossen. Wir bleiben trotzdem dabei, dass wir erwarten, dass 2021 diese Ergebnisse kommen werden, um diesen Antrag zu stellen. Wir können heute nur an den Gemeinderat appellieren, dass es notwendig ist, jetzt die Finanzierungsquellen der Stadt zu stärken, nicht zu warten, bis wir letztendlich am finanziellen Abgrund stehen, sondern jetzt Entscheidungen zu treffen, wohl wissend, dass es unangenehm ist, dass es schwierig ist, das den Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen zu erklären. Aber die finanzielle Situation der Stadt und die Notwendigkeit der Investition in eine soziale und ökologische Wende der Stadt bedürfen dieser Entscheidung.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Auch die GRÜNE-Fraktion sieht es so, dass mehr Einnahmen nötig sind, um den öffentlichen Verkehr nicht nur zu halten, sondern auch zu verbessern. Aber wir haben die rechtlichen Möglichkeiten nicht dazu. Auch die vier Kommunen, die in dem Pilotprojekt des Landes dabei waren, haben nur Untersuchungen gemacht, haben ihre Wünsche äußern können. Das war's. Die nehmen keinen einzigen Euro in 2021 ein, weil wir alle noch darauf warten, was denn überhaupt demnächst gesetzlich zulässig ist. Dann sind wir die ers-

ten, die sagen, davon müssen wir etwas umsetzen, auch in Karlsruhe. Aber erst einmal müssen wir wissen, was es ist. Hier einen Haushaltsantrag zu stellen, hilft nichts. Es müssen Verordnungen geändert werden, Satzungen geändert werden usw. Das hat mit Haushalt erst einmal nichts zu tun. Der Haushalt ist froh darüber, wenn er Einnahmen bekommt. Aber in der Reihenfolge geht es doch nur.

Stadtrat Maier (CDU): Dieser Antrag ist ein Stück weit auch Augenwischerei. Denn am Ende des Tages muss irgendjemand das Ganze bezahlen. Im Zweifel sind es Steuergelder, die dann an anderer Stelle einkassiert werden. Von daher vertrauen wir der Verwaltung und auch unseren Verkehrsbetrieben, dass wir sowohl Fördermittel abgreifen, als auch kluge und intelligente Finanzierungssysteme einführen beziehungsweise aktualisieren. Von daher heute an dieser Stelle Ablehnung.

Stadträtin Uysal (SPD): Kommunen stehen tatsächlich vor großen finanziellen Herausforderungen beim Erhalt der ÖPNV-Infrastruktur. Gleichzeitig soll der ÖPNV natürlich neuen Ansprüchen gerecht werden, wie Barrierefreiheit etc. Er muss auch massiv ausgebaut werden, damit Menschen ihn nutzen. Bei der Erreichung der Klimaschutz- und Luftreinhalteziele kommt ihm auch eine außerordentlich wichtige Rolle zu. Deshalb hast du vollkommen Recht, Lukas, dass die Kommunen auch finanzielle Spielräume brauchen. Auch die SPD begrüßt alternative Finanzierungsmöglichkeiten, die die zukünftigen Kosten des Karlsruher ÖPNV auffangen. Allerdings werden wir heute diesem Antrag so nicht zustimmen, weil wir erst die rechtlichen Rahmenbedingungen abwarten möchten. Der Kollege Honné hat es richtig ausgeführt. Sobald die geschaffen sind, können wir sehr gerne noch einmal darüber sprechen.

Der Vorsitzende: Damit stelle ich den Antrag zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum. – Der Antrag ist **mehrheitlich abgelehnt**.

Ich darf zur **Seite 113** noch hinzufügen, dass wir über die 1. Veränderungsliste einen Mehrtrag bei der Konzessionsabgabe VBK eingepflegt haben und eine erhaltende Verbundförderung durch das Land Baden-Württemberg und Weiterleitung an den KVV. Wobei das nur eine summenneutrale Darstellung ist.

Über die 2. Veränderungsliste haben wir die Verlustabdeckung aus 2020 eingepflegt, auf der Seite 113 Verlustabdeckung ebenfalls des KVV.

Damit kommen wir auf die **Seite 116**.

Antrag 15 (S. 116): Indoor-Meeting komplett streichen (AfD)

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Auch wir werden die Anrede weglassen, weil wir sonst am Ende zu wenig Zeit für unsere Redebeiträge haben.

Wir haben hier eine besondere Situation. Das Indoor-Meeting findet jetzt tatsächlich nur noch für die Kameras statt. Wir haben die ganze Zeit kritisiert, dass es eigentlich für die Vereine in Karlsruhe nichts bringt und eigentlich für Karlsruhe auch nicht. Den Fernsehzuschauern ist es egal, wo es stattfindet. Es wird jetzt mit maximal 199 Leuten in der Europahalle stattfinden. Vor dem Hintergrund der geänderten Situation hätte man es sehr wohl einfach streichen können, im Gegensatz zu dem, was in der Stellungnahme der Stadt steht. Wir hät-

ten jetzt eine halbe Million eingespart. Wir möchten dieses Geld den Vereinen direkt zukommen lassen. Wir haben auch entsprechende Anträge gestellt, um einen fast ebenso hohen Betrag direkt an die Vereine auszusahlen. Deswegen bitten wir um Unterstützung.

Stadtrat Hofmann (CDU): Liebe AfD, das ist genau der Punkt. Am Anfang große Reden schwingen und sagen, wir sparen 25 Mio. Euro ein, und dann die Realitäten nicht anerkennen. Es ist eben nicht so, dass man einfach aus Verträgen herauskommt, die man bereits letztes Jahr geschlossen hat, wo noch gar kein Corona da war, wo wir gar nicht wussten, dass wir eine andere Veranstaltung machen. Man muss auch, wenn man großspurig am Anfang ankündigt, dass man 25 Mio. Euro einsparen möchte, bei der Realität bleiben und dann auch sehen, dass das vielleicht teilweise gar nicht so ist. Wenn man hier im Prinzip versucht, den Sport und andere gegeneinander auszuspielen, dann ist auch das falsch. Denn diese Mittel sind gar nicht aus dem Sporthaushalt, nur ein ganz kleiner Teil. Das sind Veranstaltungen, die gar nicht dem Sport zur Verfügung stünden. Wir haben in Karlsruhe mit unseren besitzenden Vereinen hervorragende Sportförderung. Es muss hier nicht immer suggeriert werden, dass wir irgendwelche Mittel dem Sport entziehen würden. Von daher ist dieser Antrag nicht nur nicht genehmigungsfähig, weil es eben schon viel zu spät ist und wir in Regresszahlungen kommen würden, sondern es ist auch völlig am Thema vorbei, weil es damit überhaupt nichts zu tun hat.

Die Anträge, die Sie im Nachhinein noch gestellt haben für Erhöhungen usw., auch das ist völlig an der Sache vorbei, da in den letzten Jahren, als wir die Fortschreibung der Sportförderrichtlinien gemacht haben, sehr viele Dinge schon gemacht wurden und das, was Sie jetzt fordern, zu Ungleichbehandlungen und Ungerechtigkeiten im Sport führen würde. Von daher ist der Antrag leider: Thema verfehlt, setzen!

Stadtrat Hock (FDP): Dieser Antrag verfehlt völlig das Ziel. Ich weiß auch nicht, was die AfD mit diesem Antrag bezwecken möchte, zumal es längst entschieden ist. Das hier aufzurufen, ist meines Erachtens Populismus pur, um uns in eine Situation zu bringen, dass wir jetzt noch großartig über eine Sache diskutieren, die schon längst entschieden ist. Die Vereine - wenn Sie mit den Vereinen in dieser Stadt gesprochen hätten – sagen Ihnen nämlich, sie sind froh, dass das Indoor-Meeting in dieser Stadt stattfinden kann. Auch wenn es jetzt nur im Fernsehen stattfindet. Wenn ich sehe, was wir versuchen als Stadt Karlsruhe, nicht nur in Karlsruhe selber, sondern auch darüber hinaus, damit die Bürgerinnen und Bürger zu uns kommen, dann ist das eine Werbeplattform wie keine andere für unsere Stadt Karlsruhe. Das muss man auch einmal sehen und darf man nicht ganz außer Acht lassen. Da wird meines Erachtens jetzt auf eine Sache aufgehoben, die längst entschieden ist. Deshalb kann ich Ihnen nur sagen, diesen Antrag hätte es nicht gebraucht.

Stadträtin Fenrich (AfD): Jetzt muss ich doch der Vollständigkeit halber etwas sagen, Herr Hofmann und Herr Hock. Wir hatten das seinerzeit im Aufsichtsrat diskutiert. Da gab es drei Varianten, wenn ich mich recht erinnere. Die dritte Variante, die favorisiert wurde, auch von der KME, war die, dass man das in der Europahalle stattfinden lässt unter dann abgespeckten Bedingungen. Die Einsparungen damals waren lediglich 100.000 Euro. Jetzt muss ich dazu sagen, wir gingen, wenn ich mich recht erinnere, bei der seinerzeitigen Diskussion davon aus, dass wir im Januar, wenn das ganze Ding stattfinden soll, andere Verhältnisse haben. Aber die haben wir jetzt nicht. Ich weiß nicht, wie es draußen ankommt, wenn wir sagen, das findet statt. Wir wissen natürlich auch nicht, ob alle Sportler, die eingeladen waren und die

gerne teilnehmen würden, auch kommen. Die Verwaltung sagt jetzt, ich zitiere wörtlich: „Zum jetzigen Stand ca. 3 Monate vor der Durchführung erscheint der Verwaltung eine Absage als nicht zielführend.“ Da hätte ich gerne erwartet, dass man vielleicht seitens der Verwaltung auch etwas sagt, inwieweit man vielleicht doch aus dem Vertrag herauskommt. Vielleicht lohnt es sich in der Tat nicht, weil zu wenig Sportler teilnehmen. Von dem abgesehen, ist das Indoor-Meeting eine gute Sache. Darüber brauchen wir nicht reden. Aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist dieses einfach schlecht.

Der Vorsitzende: Wir kommen zur Abstimmung. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich weise darauf hin, dass auf der **Seite 116** über die 1. Veränderungsliste der Haltungsaufwand KVVH, die KMK-Verlustabdeckung und Schadensersatz, der Betriebs- und Projektkostenzuschuss KME und für die KTG, also Tourismus, der Betriebskostenzuschuss und der Projektzuschuss Auslandsmaßbearbeitung angepasst wurden. Desgleichen über die 2. Veränderungsliste eine entsprechende Sammlung von Verlustabdeckungen beziehungsweise Liquiditätszuschüsse für KVVH, KMK, KME und KTG. Dahinter verbergen sich im Wesentlichen die Corona-Folgen.

Antrag 16 (Seite 118): Grundsteuer B senken (AfD)

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Kurzer Rückblick, der Haushaltskonsolidierungsprozess 2015 hat zu wenig Sparen und zu viel Steuererhöhung geführt. Seither beantragen wir jedes Mal bei den Haushaltsberatungen, dass diese Steuer wieder rückgängig gemacht wird. Warum? Weil es nämlich inkonsequent ist, dass die Gemeinderatsmehrheit immer günstiges Wohnen einfordert, aber dann die Grundsteuer erhöht. Denn die Grundsteuer wird mit den Nebenkosten auf alle Mieter umgelegt. Das heißt, die Mieter bezahlen jeden Monat mehr. Die fast 6 Mio. Euro, um die es hier geht, werden zum großen Teil von Mietern bezahlt. Dass wir ohne das Geld auskommen, haben wir vor 2015 geschafft. Wir würden es jetzt auch schaffen, denn wir haben gesagt, mit den Streichanträgen, die wir auch noch stellen, sparen wir trotzdem, obwohl wir hier 6 Mio. Euro weniger an Steuern haben, am Ende noch 25 Mio. Euro. Deswegen ist es nicht zutreffend, was in der Verwaltungsantwort steht, dass wir keine Gegenfinanzierung vorschlagen. Wir haben eine Gegenfinanzierung. Wir könnten ohne Weiteres auf diese unnötige Steuererhöhung verzichten und den Mietern diese fast 6 Mio. Euro wieder geben und natürlich auch den Grundstücksbesitzern, die nicht zur Miete wohnen. Das heißt, wir würden das Wohnen insgesamt in Karlsruhe um fast 6 Mio. Euro billiger machen. Deswegen bitte ich um Unterstützung.

Stadtrat Dr. Cremer (GRÜNE): Zu dem Antrag Nr. 16 ein paar Bemerkungen. Die Finanzlage hatte sich bei der Stadt schon vor der Corona-Pandemie eingetrübt. Jetzt mit der Corona-Pandemie haben wir erhebliche Ausfälle auf der Einnahmenseite. Wir haben geringere Steuereinnahmen, geringere Erträge städtischer Gesellschaften. Auf der Ausgabenseite haben wir höhere Erstattungen bei Betreuungseinrichtungen, wir brauchen Hilfsmaßnahmen für Kulturbetriebe und vieles andere mehr. All das ist notwendig, verschlechtert aber nochmals die Finanzlage dramatisch. Deswegen ist im Moment nicht die Zeit, Steuersenkungen vorzunehmen. Auch inhaltlich ist der Antrag falsch. Über die Grundsteuer wird keine gute Wohnungspolitik gemacht. Bezahlbares Wohnen wird durch einen gesunden Wohnungsmarkt erreicht und nicht durch Steuerpolitik. Dazu braucht man eine gute Sozialpolitik, die menschenwürdiges Wohnen auch für geringe Einkommen ermöglicht.

Zusammengefasst: Steuern nach dem Gießkannenprinzip senken in Zeiten schwieriger Finanzlage der Stadt ist falsch. Der Antrag ist abzulehnen.

Stadtrat Ehlgötz (CDU): Herr Dr. Schmidt, Sie haben im Ansatz Recht. Wir haben uns bei der letzten Haushaltsberatung auch gegen diese Grundsatzzustimmung gewandt, weil wir gesagt haben, letztendlich wird es umgelegt. Der Mieter muss es mittragen. Aber die CDU Karlsruhe steht natürlich auch für Verlässlichkeit, auch in diesem Bereich. Wir haben uns nach langer Diskussion dafür entschieden, den Satz beizubehalten, weil wir auch dem etwas entgegensteuern müssen, was Herr Dr. Cremer eben gesagt hat. Wir haben viele finanzielle Aufgaben zu schultern in den nächsten Monaten und Jahren. Deshalb sagen wir als Fraktion in diesem Fall Beibehaltung des jetzigen Satzes.

Stadtrat Høyem (FDP): Selbstverständlich haben wir Sympathie dafür. Aber dieses Jahr ist kein Jahr für Steuersenkungen. Es ist ganz bestimmt – das sagen ich wegen der zukünftigen Anträge – auch kein Jahr für Steuererhöhungen. Wir wollen das sehr gerne in 2022/2023 weiterdiskutieren. Aber zurzeit ist es keine Zeit für Senkungen und besonders nicht für Erhöhungen.

Der Vorsitzende: Das waren jetzt alle Wortbeiträge. Damit steht der Antrag zur Abstimmung. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Jetzt geht es in die andere Richtung, in Grundsteuer erhöhen.

Antrag 17 (Seite 118): Grundsteuer erhöhen für eine soziale Wohnraumoffensive; Erhöhung Hebesatz Grundsteuer A: +30 % (auf 500 v. H.) (DIE LINKE.)

Antrag 17 a (Seite 118): B-Grundsteuer erhöhen für eine soziale Wohnraumoffensive; Erhöhung Hebesatz Grundsteuer b: +30 % (auf 500 v. H.) (Die LINKE.)

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Kein Redebeitrag von unserer Seite.

Der Vorsitzende: Können wir die beiden Anträge zusammen abstimmen? Dann rufe ich 17 und 17 a gemeinsam auf. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 18 (Seite 118): Unternehmen an der Zukunft der Stadt beteiligen – Gewerbesteuerhebesätze erhöhen (DIE LINKE.)

Antrag 18 a (Seite 118): Unternehmen an der Zukunft der Stadt beteiligen – Gewerbesteuerhebesätze erhöhen: Folgewirkung Gewerbesteuerumlage (DIE LINKE.)

Antrag 18 b (Seite 118): Unternehmen an der Zukunft der Stadt beteiligen – Gewerbesteuerhebesätze erhöhen: Aufträge: Sicherstellung, dass Gewerbesteuerhebesätze regional koordiniert und festgelegt werden; Initiierung harmonisierender Gewerbesteuerhebesätze in der Region (DIE LINKE.)

Auch hier gibt es keine Redebeiträge. Dann können wir das gleich zur Abstimmung stellen. – Auch das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 19 (Seite 118): Vergnügungssteuer erhöhen (DIE LINKE.)

Auch hier gibt es keinen Redebeitrag. Wir kommen gleich zur Abstimmung. – Auch das ist **mehrheitlich abgelehnt**.

Anträge 20 bis 20 b (Seite 118): Einführung einer Übernachtungspauschale in Karlsruhe (DIE LINKE.)

Auch hier kein Wortbeitrag, damit gleich zur Abstimmung. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.